

Stand: 30.04.2026 06:40:32

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/9256

"Senkung von Standards im Bauwesen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/9256 vom 09.12.2025
2. Beschluss des Plenums 19/9380 vom 11.12.2025
3. Plenarprotokoll Nr. 67 vom 11.12.2025



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Florian Streibl, Felix Locke, Martin Behringer, Tobias Beck, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und Fraktion (FREIE WÄHLER),**

Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Martin Wagle, Petra Guttenberger, Dr. Alexander Dietrich, Dr. Stephan Oetzing, Martin Stock, Karl Straub, Peter Wachler und Fraktion (CSU)

Senkung von Standards im Bauwesen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich weiterhin im Rahmen der ihr zur Verfügung stehenden Kanäle für die Absenkung bzw. Modifizierung überzogener technischer Anforderungen und Standards im Bauwesen entsprechend des Werkvertragsrechts im Bürgerlichen Gesetzbuch einzusetzen. Insbesondere die flächendeckende Einführung und Umsetzung des Gebäudetyps E ist weiterhin voranzutreiben.

Begründung:

Das gesetzliche Regelwerk in Bayern und der Bundesrepublik Deutschland gewährt einen angemessenen Mindeststandard in Bezug auf Aspekte wie Sicherheit, Wohnkomfort oder das Raumklima. Auch in den Bereichen Schall- oder Brandschutz müssen über das gesetzlich geforderte Maß hinausgehende Anforderungen abgebaut werden. Darüber hinausgehende Anforderungen verteuern und verzögern Bauvorhaben, ohne dafür einen ausreichenden Mehrwert bieten zu können. Insbesondere die Anwendung der DIN-Normen und der Bauprodukteverordnung wirkt sich negativ aus, ohne den späteren Nutzern oder Bewohnern der Gebäude einen Mehrwert zu bieten. Die erste praktische Umsetzung durch die BayernHeim in Form eines Modellprojekts gestaltet sich nach den gewonnenen Erkenntnissen positiv.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Florian Streibl, Felix Locke, Martin Behringer, Tobias Beck, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**,

Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Martin Wagle, Petra Guttenberger, Dr. Alexander Dietrich, Dr. Stephan Oetzinger, Martin Stock, Karl Straub, Peter Wachler und **Fraktion (CSU)**

Drs. 19/9256

Senkung von Standards im Bauwesen

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich weiterhin im Rahmen der ihr zur Verfügung stehenden Kanäle für die Absenkung bzw. Modifizierung überzogener technischer Anforderungen und Standards im Bauwesen entsprechend des Werkvertragsrechts im Bürgerlichen Gesetzbuch einzusetzen. Insbesondere die flächendeckende Einführung und Umsetzung des Gebäudetyps E ist weiterhin voranzutreiben.

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann

Abg. Martin Behringer

Präsidentin Ilse Aigner

Abg. Markus Striedl

Abg. Ursula Sowa

Abg. Sabine Gross

Abg. Walter Nussel

Abg. Peter Wachler

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Zur Beratung rufe ich nun auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

Florian Streibl, Felix Locke, Martin Behringer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),

Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. und Fraktion (CSU)

Senkung von Standards im Bauwesen (Drs. 19/9256)

Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Kollegen Martin Behringer für die Fraktion der FREIEN WÄHLER das Wort. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Martin Behringer (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! In ganz Deutschland fehlen Tausende bezahlbare Wohnungen, und der Wohnungsbau leidet unter langen Planungs- und Genehmigungsverfahren. Mit dem Bau-Turbo des Bundes wurde ein erster Schritt getan, um diesen Prozess deutlich zu beschleunigen und Zeit und Kosten zu sparen.

Wir beschreiten in Bayern schon länger neue Wege, um Bauen effizienter gestalten zu können. Das bestehende Regelwerk in Bayern und der Bundesrepublik Deutschland definiert Mindeststandards, die Sicherheit, Gesundheit und Gebrauchstauglichkeit sicherstellen. Gleichzeitig müssen wir prüfen, wo diese Standards zu einer unnötigen Belastung werden. Wir brauchen eine Kultur des prüfenden Augenmaßes: Dort, wo Mehrwert entsteht, zulassen, dort, wo kein spürbarer Mehrwert erkennbar ist, Abmilderung oder Flexibilisierung. Unter anderem bei Schall, Brandschutz oder Statik sollen Baubeteiligte die Möglichkeit haben, von erhöhten Vorgaben abzuweichen, solange Sicherheit, Gesundheit und Nutzungsqualität gewährleistet bleiben.

Unverhältnismäßige Anforderungen treiben Kosten in die Höhe und verlängern Bauzyklen, oft ohne klaren Nutzen für Nutzerinnen und Nutzer. Wir brauchen eine Flexibili-

sierung bei nicht kritischen Normen, um vermeidbare Verzögerungen und Kosten zu sparen.

Allgemein muss festgestellt werden, dass DIN-Normen die Anforderungen an Produkte, Dienstleistungen oder Verfahren festlegen. Die Anwendung von DIN-Normen ist grundsätzlich freiwillig. Erst wenn Normen zum Inhalt von Verträgen werden oder wenn der Gesetzgeber ihre Einhaltung zwingend vorschreibt, werden Normen bindend. Die pauschale Übernahme aller Normen kann in Einzelfällen zu unnötigen Belastungen führen. Wir brauchen eine pragmatische Anwendung, bei der Normen dort greifen, wo sie echten Mehrwert liefern.

Ansonsten wollen wir künftig mehr Gestaltungsfreiheit und eigenverantwortliches Handeln der Planenden. Hier ist die Staatsregierung gefordert: Sie muss sich im Bund dafür einsetzen, dass durch das Bundesjustizministerium endlich der rechtliche Rahmen dafür geschaffen wird, dass die Abweichung von der Norm abgesichert ist.

Bayern hat mit dem Gebäudetyp E die Kosten, die Nachhaltigkeit und die Baugeschwindigkeit schon neu austariert. Nun gilt es, diese Bauweise juristisch abzusichern und festzulegen, in welcher Weise Haftung und Normenbindungen angepasst werden müssen, damit Haftungsklagen gegenüber Architekt oder Planer ausgeschlossen sind.

Ich möchte ausdrücklich feststellen: Es geht nicht gegen Qualität oder Sicherheit, sondern um eine kluge Balance zwischen verlässlicher Baupraxis und notwendiger Flexibilität. Der vorgeschlagene Abbau überzogener technischer Anforderungen und somit die Ermöglichung des Gebäudetyps E stehen dafür, klare Leitplanken für Innovation, Verlässlichkeit und gute Räume zu setzen. Die Menschen müssen sich Bauen wieder leisten können, und die Ansätze des Bau-Turbos müssen die Erstellung privater und öffentlicher Bauprojekte im Hinblick auf Bauzeit und Baukosten wirtschaftlicher realisierbar machen.

Der Baupreisindex für Wohngebäude zeigt von 2021 bis Ende 2024 Preissteigerungen in einzelnen Bereichen von 17 % bis 69 %. Im Durchschnitt lag die Verteuerung

der Baupreise seit 2021 bei fast 30 %, während die Inflationsrate im gleichen Zeitraum rund 25 % betrug. Die ersten Erfahrungen mit bislang 19 Modellprojekten des Gebäudetyps E mit BayernHeim sind mehr als vielversprechend. Dort wurden Kosteneinsparungen von 15 % erreicht, was sich natürlich unmittelbar äußerst positiv auf die Wohnungsmieten auswirkt.

Um mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen zu können, müssen wir die Komplexität reduzieren, ohne Sicherheits- oder Qualitätsstandards zu opfern. Es gibt nicht die eine Lösung, aber viele gute Bausteine. Der Prozess mit Diskussion, Austausch, Experimenten und gemeinsamem Lernen ist Teil dieses Fortschritts.

Unser Anspruch ist, dass nachhaltige, langlebige Lösungen Maßstab bleiben. Kosten- und Zeitersparnis dürfen nicht auf Kosten von Umwelt oder Nutzungsqualität gehen.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Genau hier wollen wir ansetzen und technische Regeln auf ein sinnvolles Maß begrenzen, um den Einsatz des Gebäudetyps E zu erleichtern und rechtssicher bauen zu können. Wir setzen auf klare Verantwortlichkeiten zwischen Planenden, Bauherren, Behörden und Fachbehörden. Es geht darum, die Zusammenarbeit zu stärken, statt durch Regulierung zu verkomplizieren. Kommunen, Planende und Prüfbehörden sollen wieder eigenverantwortlich handeln können, unterstützt durch transparente Kriterien, anhand derer geprüft wird, ob tatsächlich Mehrwert geschaffen wird.

Der Gebäudetyp E soll kein Sonderweg oder Ausnahmefall sein. Er richtet den Blick auf Lebensqualität und nachhaltige Nutzung von Räumen, die auch leistbar sind. Hier werden schon zukunftsweisende Ansätze im Regelwerk verankert. Dennoch bleibt es Bayern unbenommen, höhere Standards umzusetzen, wenn man das für sinnvoll erachtet. Die Krise im Wohnungsbau ist real und die Wohnungsnot weiterhin ein großes Thema für uns, das wir künftig auch noch konsequenter angehen müssen. Umso wichtiger ist es, Standards an die Realität anzupassen.

Der Gebäudetyp E ist ein wichtiges Signal, dass wir Bauen so wieder wirtschaftlicher ermöglichen. Lassen Sie uns heute den Weg für eine ökonomische, sichere und bezahlbare Praxis ebnen. Deshalb bitte ich um Ihre Zustimmung zu unserem Antrag.

Ich wünsche Ihnen schöne, frohe und gesegnete Weihnachten und natürlich alles Gute für 2026.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster spricht der Kollege Markus Striedl für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Markus Striedl (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, und Hallo an die Besucher auf der Tribüne! Schauen wir uns doch diesen so titulierten Entbürokratisierungsantrag mal nüchtern an. Das soll ein Antrag der FREIEN WÄHLER sein. Die CSU steht ja mit drauf, aber seien wir mal ehrlich: Die CSU hängt da auch nur pro forma mit dran, weil man in der Koalition halt Händchen halten muss. Das ist halt so.

(Widerspruch bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Aber, meine Damen und Herren, was steht denn eigentlich in diesem Antrag drin? – Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich "weiterhin" einzusetzen und "weiterhin" voranzutreiben. "Weiterhin"! Was ist denn "weiterhin" für ein Antrag? Ein parlamentarischer Antrag soll bitte etwas bewegen. Der soll etwas ändern. Aber Sie fordern die Regierung einfach auf, das zu machen, was sie angeblich eh schon tut. Entschuldigung, das ist kein politischer Gestaltungsanspruch, das ist Beschäftigungstherapie für die Landtagsdruckerei und einfach nicht mehr.

(Beifall bei der AfD – Unruhe bei Abgeordneten der CSU und der FREIEN WÄHLER)

Was bedeutet dieser Antrag im Umkehrschluss? Haben Sie Angst, dass die Staatsregierung ihre Arbeit sofort einstellt, wenn wir den Zettel heute nicht beschließen? Müssen Sie dem Bauministerium die Aufforderung schriftlich geben: "Bitte atmen Sie weiter"? Das zeigt doch nur eines: Die FREIEN WÄHLER haben offensichtlich null Vertrauen in die eigene Regierung, wenn sie einen solch banalen "Mach-weiter-Antrag" stellen. Den braucht es einfach nicht.

Aber es kommt noch schlimmer: Nicht nur der Inhalt ist überflüssig, sondern auch die Liste der Unterstützer ist ein politischer Offenbarungseid – und zwar ganz speziell für den Anhang, nämlich die CSU. Bei den FREIEN WÄHLERN ist die Welt ja noch halbwegs in Ordnung. Dort unterschreiben die Fachleute wenigstens für den Schmarrn.

(Widerspruch bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Heiterkeit bei der AfD)

Die Kollegen Behringer und Beck aus dem Bauausschuss haben unterschrieben. Die Kollegen Saller und Frühbeißer aus der Enquete-Kommission sind dabei. Zumindest hat man die eigenen Fachpolitiker davon überzeugen können, zu unterschreiben – das ist immerhin schon etwas.

(Michael Hofmann (CSU): Sie haben keine Ahnung, Herr Kollege!)

Zur CSU: Herr Holetschek, Sie haben als Fraktionsvorsitzender unterschrieben. Ihre Fachleute fühlen sich jetzt von dem Antrag anscheinend genauso verschaukelt wie das Hohe Haus und die Bürger in Bayern. Denn es ist eigentlich wirklich peinlich, wer hier alles fehlt. Fangen wir einmal beim Bauausschuss an. Das ist der eigentliche Fachausschuss zum Thema. Die CSU stellt dort acht Mitglieder.

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Sie reden einfach nur Quatsch! – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Sie haben keine Ahnung, wie so ein Antrag zustande kommt!)

Wo sind die Unterschriften, frage ich Sie. Der Vorsitzende Baumgärtner fehlt. Die Liste geht weiter. Die Kollegen Baur, Eberwein, Kohler, Konrad, Schmid und Schwab sind alle auf diesem Antrag nicht drauf. Von Ihrer gesamten achtköpfigen Mannschaft im

Bauausschuss hat sich nur ein Einziger erbarmt, nämlich der Kollege Wagle. Bloß er. Herr Wagle, mal ehrlich, hat man Ihnen da vielleicht einen kleinen Streich gespielt?

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Hat Sie da vielleicht der Herr Ministerpräsident mit der übrig gebliebenen Impfbratwurst aus der Fraktionssitzung gelockt,

(Lachen und Beifall bei der AfD – Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Das ist ein geistiger Tiefflug, was Sie hier von sich geben!)

und man hat Sie heimlich auf die Liste gesetzt? – Man weiß es nicht.

(Staatsminister Dr. Florian Herrmann: "Und Fraktion"! – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Es steht drauf "und Fraktion"!)

Beim Thema Bürokratieabbau wird das Ganze noch deutlicher: Es gibt diese teure Enquete-Kommission, aber ihr Vorsitzender, Ihr Mann Steffen Vogel, unterschreibt diesen Antrag nicht. Auch die Kollegen Friesinger und Tomaschko fehlen.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Peinlich, peinlich, peinlich! – Zurufe von der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Auch hier hat ein einziger regulärer Vertreter der Kommission mitgezeichnet, der Kollege Dietrich. Wahrscheinlich hat er das aus Versehen getan. Ich merke schon, bei der CSU gibt es Unruhe.

(Michael Hofmann (CSU): Erwarten Sie, dass wir ruhig bleiben, wenn Sie Quatsch erzählen? – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Da haben wir wieder einmal ganz, ganz genau getroffen. Herzlichen Glückwunsch.

(Beifall bei der AfD)

Wir haben ja noch jemanden vergessen – wir sind ja noch nicht am Ende. Die Rettung naht: Ihr Bürokratiebeauftragter, Herr Walter Nussel. Wenigstens der, wenigstens Walter Nussel. Nee, auch er hat nicht unterzeichnet. Das ist jetzt blöd. Walter Nussel hat auch nicht unterschrieben.

(Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU))

Meine Damen und Herren, das Bild ist doch glasklar: Inhaltlich fordern Sie ein Weiter-so, weil Sie keine Ideen haben. Personell haben die Fachleute bei der CSU völlig zu Recht einfach keinen Bock auf diesen Firlefanz, die eigene Regierung zum Weiterarbeiten aufzufordern. Wenn der Bauausschussvorsitzende, der Vorsitzende der Enquete-Kommission und der Entbürokratisierungsbeauftragte ihre Namen unter diesem Papier verweigern, dann ist das eine schallende Ohrfeige für diesen Antrag. Das ist ein Misstrauensvotum der eigenen Experten gegen die eigene Koalition. Nehmen Sie diesen Antrag zurück und klären Sie das erst einmal mit den Kollegen Baumgärtner, Vogel und Nussel ab. Hören Sie bitte endlich auf, sich selbst Fanpost zu schreiben, und fangen Sie stattdessen an zu arbeiten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Kollegen Behringer vor.

Martin Behringer (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Striedl, der einzige heute geleistete Offenbarungseid stammt von Ihnen. Ich habe noch nie eine so schlechte und derart unvorbereitete Rede gehört wie die Ihre heute.

(Widerspruch bei der AfD)

Sie haben anscheinend null Ahnung von dem, was Sie jetzt gesagt haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ansonsten hätten Sie nämlich nicht so einen Blödsinn geredet und sich intensiver mit dem Thema beschäftigt. Die Rede war für mich ein reiner Offenbarungseid und eine absolute Bauchlandung. Es ist besser, wenn Sie sich wieder auf Ihren Platz setzen, dann können Sie nämlich nichts verkehrt machen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Bitte schön, Herr Striedl.

Markus Striedl (AfD): Herr Behringer, es ist sehr schön mitzubekommen, dass ich einen Volltreffer gelandet habe. Ich hätte sehr gerne etwas zu Ihrem Antrag gesagt, aber wenn Sie einfach reinschreiben: "Liebe Staatsregierung, macht weiter so wie bisher", dann kann ich nichts dazu sagen. Was zur Hölle soll ich bitte dazu sagen?

(Heiterkeit und Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächste spricht die Kollegin Ursula Sowa für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Ursula Sowa (GRÜNE): Liebe Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es gibt sehr viel zum Thema zu sagen: Bauen ist kompliziert, zu teuer und zu bürokratisch geworden. Dabei sollte es einfacher, günstiger und vor allem nachhaltiger werden. Doch wer sich an alle Vorschriften hält, stößt schnell an Grenzen – besonders, das vertrete ich sehr gerne, wenn innovative oder ökologische Lösungen gefragt sind. Aber die gute Nachricht: Es gibt Lösungen. Es gibt auch schon konkrete Schritte, das zu ändern.

Genau hier setzt der Antrag der FREIEN WÄHLER an. Er greift auf, was bereits in Bewegung ist. Was in Bewegung ist, kann natürlich auch verstärkt werden. Ein kleiner Rückblick: Schon im Juni 2022 gab es im Landtag ein Fachgespräch, das damals, ich zitiere gerne, von der FDP initiiert wurde. Damals haben Expertinnen und Experten der Architekten- und Ingenieurekammer deutlich gemacht, dass wir mehr Freiheit beim Planen, mehr Verantwortung und weniger Überregulierung brauchen.

Anfang 2023 brachten wir GRÜNE mit SPD und der damaligen FDP einen Antrag ein, der die Einführung des von der Bayerischen Architektenkammer initiierten Gebäudetyps E in Bayern zum Ziel hatte. Seit Dezember 2023 laufen – durch einen fraktionsübergreifenden Beschluss – in ganz Bayern 19 wissenschaftlich begleitete Pilotprojekte. Das ist ein großer Erfolg dieses Hauses. Der Antrag der FREIEN WÄHLER knüpft also nicht an Neuland an, sondern an vorhandene Initiativen und Erfolge – darauf können wir aufbauen. Deshalb unterstützen wir diesen Antrag ausdrücklich.

Spricht man heute mit Architekt:innen, mit Kommunen, mit Wohnungsbaugesellschaften, dann hört man fast überall dasselbe: Wir würden ja gerne bauen, wir haben Ideen und Konzepte, aber wir kommen kaum voran. Wir ersticken in Normen. Im Baubereich gibt es über 3.000, die kaum Spielraum für Innovation lassen. Bürokratie, überzogene Vorgaben und starre Normen verzögern Bauprojekte erheblich, treiben die Kosten in die Höhe und erschweren Innovation. Das wirkt sich direkt auf Menschen aus, die Wohnraum suchen, auf Familien, auf Kommunen und auf Bauunternehmen. Es ist die junge Familie, die den Traum vom Eigenheim aufgibt, weil jede Norm und jede Vorschrift die Kosten nach oben treibt. Es ist der Bürgermeister, der sagt, die Schule müsste saniert werden – doch die Vielzahl an Normen und Vorschriften macht es nahezu unmöglich, dies zu vertretbaren Kosten zu machen. Es sind Wohnungsbaugesellschaften, die Projekte abbrechen müssen, weil die Kosten einfach explodieren.

An diesem Punkt müssen wir uns als Politik fragen: Dient das alles noch den Menschen oder nur den Normen? Daher sind wir GRÜNE davon überzeugt, dass der Gebäudetyp E – experimentell und einfach – einer der wichtigsten Impulse der letzten Jahre ist. Er ist ein Bauprinzip, das Freiheit statt Überregulierung ermöglicht. Er sagt nicht, Bauen wird schlechter – nein, er sagt: Bauen wird intelligenter und einfacher. "E" steht für einfach, aber auch für experimentell und eigenverantwortlich. Es geht darum, dass Architektinnen und Architekten endlich wieder das tun können, wofür sie ausgebildet sind: planen, kreative Lösungen finden und Verantwortung übernehmen.

Wir GRÜNE haben den Gebäudetyp E immer als Chance gesehen, weil er eine klare Philosophie verfolgt. Drei Punkte: Ein gesetzlich gesicherter Mindeststandard, mehr Freiheit, und das zu geringeren Kosten und, ganz wichtig, ohne Qualitätsverlust. Daher haben wir GRÜNE uns von Anfang an für die Einführung dieses Gebäudetyps E eingesetzt. Die Praxis zeigt bereits, dass es funktioniert. Es gibt bereits erste Ergebnisse der 19 Pilotprojekte zum Gebäudetyp E, und das Ganze wird auch wissenschaftlich begleitet.

Ein besonders schönes Beispiel gibt es in Ingolstadt: Dort gibt es ein Modellprojekt unter dem Motto "Haus fast ohne Heizung". Es handelt sich um ein gefördertes Mehrfamilienhaus, das nach Gebäudetyp E gebaut wurde und fast ohne Zentralheizung auskommt. Das wird möglich gemacht durch Mittel – ich betone das gerne – der Baukunst, der Innovation. Dank eines klugen Wärme- und Belüftungskonzepts reichen Sonneneinstrahlung und natürliche Abwärme der Bewohner für stets behagliche Innentemperaturen – ohne Einbußen bei Komfort oder Sicherheit. Aber, und das ist die gute Botschaft, mit deutlicher Kostenersparnis ist der Neubau rund 15 % günstiger als ein konventioneller Neubau. Ich sage es ganz deutlich: Wir brauchen mehr davon.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Daher unterstützen wir die Forderung des Antrags ausdrücklich, überzogene technische Anforderungen kritisch zu prüfen und zu reduzieren. Aber wir sagen auch: Unser Ziel darf niemals sein, Standards abzusenken, die die Menschen oder das Klima schützen sollen. Ich spreche hier drei Punkte an, die uns GRÜNEN besonders wichtig sind: Erstens. Klimaschutz und Energieeffizienz dürfen nicht geschwächt werden. Zweitens. Sozialer Wohnraum braucht Verlässlichkeit. Drittens. Die Baukultur darf dabei nicht verloren gehen.

Einfaches Bauen bedeutet nicht, auf Qualität, Nachhaltigkeit oder gute Gestaltung zu verzichten. Wir behalten den Anspruch an nachhaltige, gut gestaltete und lebenswerte Gebäude. Erstens müssen wir jetzt gemeinsam eine systematische Überprüfung aller

Vorschriften vornehmen: fachlich, transparent und mit Praxisbezug. Zweitens braucht es eine echte Ausbauoffensive für den Gebäudetyp E und endlich auch ein Innovationsklima im Bauwesen. Wir wollen diese 19 Pilotprojekte, die es in Bayern gibt, begleiten. Es gab auch einen Zwischenstand im Bauausschuss; Sie haben berichtet. Dem Vernehmen nach ist jetzt Halbzeit. Manche Projekte sind schon in Ausführung, manche noch in Planung. Das Jahr 2026 wird auch eine erste Ernte einfahren.

Der Antrag der FREIEN WÄHLER beinhaltet, dass dieser Gebäudetyp E nicht nur bei den Pilotprojekten bleibt, sondern flächendeckend eingeführt wird. Das ist eine tolle Vision, der wir gerne nachkommen. Insofern stimmen wir hier gerne zu und werden diese Pilotprojekte und das Verfahren zur Entwicklung des Gebäudetyps E konstruktiv und innovativ begleiten.

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank. – Für die SPD-Fraktion spricht jetzt die Kollegin Sabine Gross.

Sabine Gross (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag hat bereits 2023 gemeinsam mit den GRÜNEN und der FDP den entscheidenden Antrag zur Einführung des Gebäudetyps E eingebracht, der damals auch einstimmig im Bauausschuss verabschiedet wurde. Wir stehen fest zu dieser Initiative, weil sie genau das ist, was Bayern dringend braucht: einfaches Wohnen durch Konzentration auf unbedingt erforderliche Standards, um mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.

Der Gebäudetyp E ermöglicht, vom engen Korsett nicht zwingend erforderlicher Normen abzuweichen und damit Baukosten zu senken, ohne die Sicherheit oder die Wohnqualität zu gefährden. Die Bayerische Bauordnung schafft mittlerweile die rechtlichen Grundlagen. In ganz Bayern laufen erfolgreich Pilotprojekte zur Erprobung des neuen Gebäudetyps. Die SPD kämpft seit Jahren für bezahlbaren Wohnraum für Menschen mit niedrigeren und mittleren Einkommen. Ich will einmal ganz deutlich sagen: Auch in Bayern ist die überwiegende Anzahl der Menschen Mieter – sie leben

in Mietwohnungen –, und deshalb sollte man diese Gruppe wirklich nicht vernachlässigen.

Der Gebäudetyp E ist dabei ein wichtiger Baustein. Fensterlüftung statt komplizierter Anlagen, weniger massive Wände und serielle Bauweise mit schlanken Konstruktionen – das sind konkrete Beispiele, wie wir Baukosten senken können. Die SPD-geführten Bundesministerien für Justiz und Bau haben vor wenigen Wochen Eckpunkte vorgestellt, die einen praktikablen Weg eröffnen, auf hohe Baustandards zu verzichten, wenn alle Vertragsparteien das wollen.

Wichtig ist uns allerdings auch: Es muss sichergestellt werden, dass durch die Absenkung der Standards nicht eine Gewinnmaximierung erfolgt. Die Absenkung von Standards muss auch dazu führen, dass die Mieten günstiger werden bzw. der Erwerb günstiger wird.

(Beifall bei der SPD)

Nur wenn die Kostenersparnisse auch weitergegeben werden, hat der Gebäudetyp E wirklich Sinn. Deshalb sind wir dafür, dass eine Kennzeichnungspflicht eingeführt wird, damit man klar sehen kann, was man einkauft oder mietet. Wie gesagt, gibt es da schon andere Beispiele: Kostenersparnis, ja; billigeres Bauen, ja. Aber es muss sich auch für diejenigen, die ein Objekt mieten oder kaufen, auswirken.

(Beifall bei der SPD)

Ich denke, wir werden hier auch eine gute Lösung finden. Im Übrigen finden wir den Antrag gut, und wir werden ihm zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Ilse Aigner: Für eine Zwischenbemerkung hat der Kollege Nussel das Wort.

Walter Nussel (CSU): Frau Kollegin, ich möchte nur an Sie appellieren, dass Sie und Ihre Partei in Berlin an geeigneter Stelle dafür werben, speziell beim Bundesumweltministerium, nicht zusätzliche Standards einzufordern, wie jetzt auch bei der Wiederherstellungsverordnung auf europäischer Ebene. Da ist unser Bundesumweltminister auf Bundesebene federführend, zusätzliche Standards zu generieren. Unser Bauminister hat es ausrechnen lassen: Pro Neubauwohnung wären das 50.000 Euro Mehrkosten. Ich möchte, dass Sie das mitnehmen und dort an dieser Stelle einbringen. So können wir nicht weiterarbeiten; das wollte ich in der Deutlichkeit sagen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Sabine Gross (SPD): Das hat jetzt aber mit dem Gebäudetyp E nichts zu tun.

(Zurufe von der CSU und den FREIEN WÄHLERN: Oh!)

Präsidentin Ilse Aigner: Als nächster Redner spricht der Kollege Peter Wachler für die CSU-Fraktion.

Peter Wachler (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute endet das Plenarjahr, und ich habe die Ehre, als letzter Redner der Dringlichkeitsanträge vor der Weihnachtspause zu sprechen. Vielleicht passt das ganz gut; denn am Ende eines Jahres blickt man zurück und schaut nach vorn. Beides brauchen wir, wenn wir über das Bauen in Bayern sprechen.

Wir alle wissen: Menschen in Bayern suchen Wohnungen in München, in Nürnberg, aber genauso auch im ländlichen Raum. Ein Zuhause ist gerade in der Weihnachtszeit das, was die Menschen am stärksten bewegt. Doch auf dem Weg dorthin stehen viele Hürden. Nicht fehlendes Geld ist oft das Problem, sondern zu viel Bürokratie, zu viele Standards, zu viele Hemmnisse. Wenn wir wollen, dass in Bayern wieder schneller und günstiger gebaut werden kann, dann müssen wir mutiger werden. Wir müssen Regeln entschlacken, wir müssen den Weg frei machen für neue Wohnungen, für junge Familien, für Menschen, die bei uns eine Zukunft aufbauen wollen.

Der Gebäudetyp E steht für einfaches und zugleich auch sehr verantwortungsvolles Bauen. Er steht für weniger Vorschriften, die niemand gesetzlich verlangt, für mehr Pragmatismus und für weniger Perfektionismus. Bayern geht hier ganz gezielt voran. Wir haben im Wohnungsbau Pilotprojekte gestartet. Die ersten Ergebnisse zeigen ganz deutlich: Die Kosten sinken, die Qualität bleibt. Wir schaffen Raum, ohne Zeit zu verlieren und die Menschen zusätzlich zu belasten.

In einer Zeit, in der viele hoffen, endlich ein eigenes Zuhause zu finden, ist das vielleicht die schönste Botschaft vor Weihnachten. Wir zeigen, dass Politik handeln kann, dass wir nicht erklären, warum etwas nicht geht, sondern zeigen, wie es tatsächlich möglich wird. Gerade in der Weihnachtszeit erinnert uns das an etwas Grundlegendes.

Menschen brauchen keinen Luxus, sie brauchen einen Ort, an dem sie ankommen können. Wenn wir wieder mehr Mut zum Einfachen haben, dann werden wir viel erreichen. Dann zeigen wir den Menschen, dass wir bereit sind, Hemmnisse abzubauen und Lösungen zu schaffen. In diesem Sinne wünsche ich uns allen die Kraft, im neuen Jahr den richtigen Fokus zu behalten: weniger Hindernisse, mehr Lösungen, mehr Wohnraum für Bayern.

Ich danke Ihnen allen. Ich wünsche Ihnen, Ihren Familien und allen Menschen in unsrem Land eine frohe und gesegnete Weihnachtszeit.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER und der CSU-Fraktion auf Drucksache 19/9256 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD. Gegenstimmen! – Das ist die AfD-Fraktion.

Stimmenthaltungen? – Sehe ich keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.